



# Energiewende jetzt!

## Eine Grüne Energiepolitik für Bayern

### 1. Ein schneller Ausstieg aus der Atomenergie

Die Staatsregierung hat Bayern in den vergangenen Jahrzehnten wie kein anderes Bundesland abhängig von der Atomkraft gemacht. Selbst 12 Jahre nach dem ersten Atomkonsens und der Rücknahme der zwischenzeitlich durchgesetzten Laufzeitverlängerung im vergangenen Jahr stammen hierzulande noch 50 % des Stroms aus Atomkraftwerken. In diesen wird eine Technologie eingesetzt, die Mensch und Umwelt mit einem unverantwortlichen Sicherheitsrisiko bedroht. Die Bedrohungen, die sich aus der Nutzung der Atomenergie ergeben, erstrecken sich aber noch weiter als zunächst vermutet. Sie reichen von den menschenunwürdigen Bedingungen beim Uranabbau bis zur unbeantworteten Frage der Endlagerung radioaktiver Abfälle. Allein diese Gründe sprechen für einen raschen Atomausstieg.

Darüber hinaus ist der Atomausstieg aber auch energiewirtschaftlich sowie technisch von zentraler Bedeutung für das Gelingen der Energiewende. Wirtschaftlich, weil längst abgeschriebene Anlagen in beständiger wirtschaftlicher Konkurrenz zu neuen Technologien stehen. Technisch, weil die Überkapazitäten im Kraftwerksbereich die Stromleitungen „verstopfen“ und zunehmend die Einspeisung von erneuerbaren Energien ganz konkret verhindern. Die Außerbetriebnahme von acht Atomkraftwerken in ganz Deutschland hat gezeigt, dass auch an kalten Wintertagen genügend Grundlastkapazitäten zur Verfügung stehen, zumal selbst die volatile Energieerzeugung aus Wind und Sonne in ihrer Masse zunehmend in den Betriebsbereich der Grundlastkraftwerke eingreift.

Aus diesen Gründen ist es nicht nachvollziehbar, warum in den kommenden knapp vier Jahren kein Atomkraftwerk vom Netz gehen soll, obwohl in nächster Zeit viele gerade im Bau befindliche Kraftwerke ihren Betrieb aufnehmen und der Ausbau der Erneuerbaren Energien bereits jetzt alle Erwartungen übertroffen hat.

### 2. Der Einstieg in die Wende

Die tragischen Ereignisse in und um Fukushima im Jahr 2011 haben die energiepolitische Debatte in Deutschland grundlegend verändert. Nach dieser Nuklearkatastrophe schienen plötzlich Vertreter und Vertreterinnen aller politischen Lager von der Notwendigkeit einer Energiewende überzeugt. Eine Idee, welche die bayerische Landtagsfraktion der Grünen bereits 1989 mit der Vorlage eines „Bayerischen Ener-



giewendegesetzes“ zu verwirklichen versuchte. Fast 25 Jahre später zeigt sich: Im engen Schulterschluss mit Initiativen und Umweltverbänden, aber auch durch das Engagement vieler einzelner Bürgerinnen und Bürger haben die Grünen den Ausstieg aus der Atomkraft und den Einstieg in die Erneuerbaren Energien vom Außen-seiterthema zum gesellschaftlichen Mainstream erhoben. Die Energiewende ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Allerdings zeigt sich immer deutlicher, dass die Regierungsfractionen in Bund und im Freistaat wohl der Ansicht sind, mit dem bloßen Ausstieg aus der Atomkraft sei die Energiewende vollbracht. Sämtliche energiepolitischen Aktionen und Initiativen seither verlaufen unkoordiniert und offenbaren die Willenlosigkeit qua fehlender Überzeugung der beiden Regierungen. Die jüngste „Leistung“ der Bundesregierung besteht aus der überzogenen Kürzung bei der Vergütung für Solarstrom. Diese Entscheidung ist nicht nur für das Gelingen der Energiewende gefährlich, sondern auch für zahllose mittelständische Betriebe mit bundesweit etwa 100.000 Beschäftigten.

Dass eine ernstgemeinte Energiewende nichts anderes als ein Wechsel in ein neues Zeitalter ist, welcher uns zwangsläufig heute auch etwas kosten wird, ist bisher noch nicht in allen politischen Lagern angekommen. Die Energiewende ist eines der zentralen Elemente einer Politik, die sich zum Überleben des Planeten und seiner Lebewesen, der Nachhaltigkeit als Prinzip des Handelns verpflichtet. Zwei der wesentlichen Gründe für die Notwendigkeit einer an Nachhaltigkeit orientierten Politik sind der Klimawandel und die Gefahren der Atomwirtschaft. Und gerade Klimawandel und Atomgefahren sind elementar mit der Energiewende verbunden. Die Energiewende hat das Ende des nuklearen und fossilen Zeitalters zum Ziel und zum Inhalt. Die Nutzung der fossilen Energien ist eng verbunden mit der Industrialisierung, die die Geschichte der Menschheit seit zwei Jahrhunderten prägt. Energiewende heißt damit auch, die Grundlage der Industrialisierung auf vollkommen neue Füße zu stellen.

In Deutschland geht es dabei nicht nur um die vergleichsweise geringe Aufgabe 17 % Atomstromproduktion zu ersetzen, sondern auch darum 60 % fossilen Strom zu substituieren. Oder noch umfassender und in einer anderen Kategorie gesagt: Es gilt innerhalb einer Generation die Treibhausgasemissionen um 80 bis 95 % zu reduzieren. Und damit ist nicht nur die Energieversorgung betroffen, sondern auch das Transportsystem und die Landwirtschaft müssen eine große Veränderung vollziehen. Insgesamt müssen die fossilen Energieträger Mineralöl, Erdgas sowie Braun- und Steinkohle durch erneuerbare Energien ersetzt werden. Dies betrifft alle Verbrauchsgruppen von der Industrie über das Gewerbe und die privaten Haushalte bis hin zum Verkehr.

## **2.1. Die Energiewende als technische Herausforderung**

Die Energiewende basiert auf den drei Säulen der Energieeinsparung, der Energieeffizienz und dem Ausbau der Erneuerbaren Energien. Die technische Entwicklung in den letzten Jahren ist beeindruckend. Bei der Windenergie sind im Anlagenbau und



bei der Materialentwicklung wichtige Schritte zu größeren Anlagen unternommen worden, durch welche die Anzahl der Standorte deutlich reduziert werden kann. Bei der Photovoltaik erleben wir gerade in den letzten Jahren eine Kostendegression, welche die Netzparität in greifbare Nähe rücken lässt. Das heißt, in wenigen Jahren wird der auf dem eigenen Dach erzeugte Strom billiger sein als der vom Energieversorger gelieferte Strom. Biogasanlagen sind technisch ausgereift und optimieren ihre Gasausbeute. Im Gebäudebereich gibt es eine Vielzahl von Beispielen klimagerechter Bauweisen. Auch bei konventionellen Kraftwerken konnte der Wirkungsgrad in den letzten Jahren erheblich gesteigert werden.

Rein aus technischer Sicht ist nicht der Aufbau weiterer Stromerzeugungskapazitäten die technische Herausforderung, sondern die Integration dieser Kapazitäten in ein neu zu gestaltendes Stromnetz und die Anpassung des Energieversorgungssystems an nur zeitweise Strom erzeugende Anlagen auf der Basis von Sonnen- und Windenergie. Aus Sicht der Grünen Landtagsfraktion wird die dezentrale Stromerzeugung einen weit höheren Stellenwert haben, als in der Vergangenheit. Zugleich wird aus ökologischen wie volkswirtschaftlichen Gründen ein hohes Maß an überregionaler Vernetzung im Stromversorgungssystem sinnvoll sein. Dies wird erhebliche Investitionen im Gesamtsystem erfordern, insbesondere in den Bereichen Übertragungs- und Verteilernetz, Stromspeicher, Lastmanagement und Backup-Kraftwerke. Der Umfang dieser Investitionen lässt sich deutlich reduzieren, wenn eine ernsthafte Stromsparerpolitik und Effizienzmaßnahmen umgesetzt werden.

Darüber hinaus wird es auf absehbare Zeit weiterhin Großkraftwerke auf erneuerbarer und fossiler Basis geben und auch geben müssen, zur Deckung der Residuallast und als Lieferant von Regelenergie. Die aktuell diskutierte Idee des Kapazitätsmarkts verliert bei näherer Betrachtung des Strommarkts schnell ihren Reiz. Angesichts des schwer vorhersehbaren Ausbaus der Stromnetze, der unklaren Perspektive eines Markts für Speichertechnologie und der bisher noch wenig ausgeschöpften Möglichkeiten des Lastmanagements ist es sowohl möglich, dass eine Kapazitätsprämie zu erheblichen Mitnahmeeffekten bei den bereits in Planung befindlichen Gaskraftwerken führen würde, aber auch, dass die Kapazitätsprämie eine Förderung unnötiger Investitionen werden könnte. Aus unserer Sicht sollte die Frage der Förderung neuer fossiler Kraftwerke nicht isoliert betrachtet und nach einer erheblich verbesserten Planung des Netzausbaus und der Speicherkapazitäten entschieden werden. Für die im Energiekonzept der Bayerischen Staatsregierung genannten neuen Erdgaskraftwerke mit einer Leistung von 4 000 MW gibt es bis heute keine inhaltliche Begründung und wird von uns massiv in Frage gestellt. So geht etwa die Bundesnetzagentur in dem im Dezember 2011 nach monatelanger Diskussion bekannt gemachten Szenario-Rahmen von einem Zubau an neuen fossilen Gaskraftwerken, die noch nicht weit in der Planung fortgeschritten sind, in der Größenordnung von 1000 MW aus.

Neben dem Umfang des Zubaus spielen für uns Grüne zwei weitere Punkte eine zentrale Rolle:



- Vorrang der Kraft-Wärme-Kopplung beim Zubau neuer Kraftwerke,
- Vorrang von dezentralen BHKW beim Zubau neuer Kraftwerke.

Voraussetzung für die Gestaltung der Rahmenbedingungen ist eine deutlich erhöhte Transparenz über die aktuelle, tatsächliche Betriebsführung der bestehenden Kraftwerke und deren zu Grunde liegenden Marktgegebenheiten.

Unzweifelhaft müssen auch die Stromspeicherkapazitäten in den nächsten Jahren um ein Vielfaches ausgebaut werden. Auch hier wird es eine Mischung aus dezentralen und zentralen Speichern und auf allen Spannungsebenen geben.

Zum Aufbau dieser Infrastruktur sind insbesondere erforderlich:

- Ausbauplanung von zentralen Stromspeichern (u.a. notwendiger Umfang des Ausbaus, Zeitperspektive, Kataster, Standortabwägungen, Pumpspeicherkraftwerke, neue Speichertechnologien),
- Entwicklung von dezentralen Stromspeichern,
- Ausbau von dezentralen Gasspeichern bei Biogasanlagen,
- Maßnahmen und Instrumente zur Anregung eines Marktes für Stromspeicher,
- Maßnahmen im Bereich Forschung und Entwicklung.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Neugestaltung des Übertragungsnetzes. Wir begrüßen die aktuelle Netzausbauplanung durch die Bundesnetzagentur, um den Ausbau der Übertragungsnetze zu beschleunigen. Generell ist bei allen Aus- oder Neubauplänen eine größtmögliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger herzustellen. Der Mangel an Transparenz über die Lastflüsse und das Einspeisemanagement, durch welche Neubauten begründet werden könnten, ist weiterhin ein wesentlicher Grund für die fehlende Akzeptanz. Deshalb fordern wir in Hinblick auf den Netzausbau dringend die Einrichtung eines Runden Tisches unter Einbeziehung aller Beteiligten.

Die Aufteilung des deutschen Stromnetzes in vier Zonen bzw. auf vier Unternehmen halten wir für nicht sinnvoll und wollen es in die Hand eines Betreibers legen. Dabei streben wir mindestens eine unternehmerische Beteiligung des Staates an. Auch eine Überführung in vollständiges Eigentum der Bundesrepublik ist überlegenswert.

## **2.2. Die Energiewende in der Wirtschaft**

Die Energieversorgung in Deutschland und in Bayern wird insbesondere im Strom- und Gasbereich von einigen wenigen Konzernen dominiert. Daher war die Entwicklung der Energieversorgungsstrukturen stark von den Interessen dieser Konzerne bestimmt. Der Einfluss der Politik wurde zusätzlich durch die Privatisierung, z.B. beim



ehemaligen Bayernwerk, weiter zurückgedrängt. Die Liberalisierung des Strommarkts im Jahr 1998 hat im Endeffekt den Wettbewerb nicht wirklich beflügelt. Der Einfluss der Energiewirtschaft zeigte sich auch bei der von Gerhard Schröder durchgeführten Fusion von E.ON und Ruhrgas, und beim Diktat der Laufzeitverlängerung im Herbst 2010.

Das Oligopol in der Energiewirtschaft wird auch regelmäßig von der deutschen Wirtschaft kritisiert, da die Industriestrompreise in Deutschland höher als in Nachbarländern sind. Die Milliardengewinne (weit über 25 Mrd. € bei E.ON, RWE und EnBW im Jahr 2010) stammen aus den Kassen der Privathaushalte und der allgemeinen Wirtschaft.

Daher ist es höchste Zeit diesen Einfluss zu begrenzen. Durch das Erneuerbare Energien Gesetz ist in den letzten 10 Jahren etwas Vielfalt in der Stromproduktion entstanden. Doch es ist nur ein erster Schritt, um die festgefahrenen Strukturen aufzubrechen. Diese Entwicklung muss massiv verstärkt werden.

Nicht nur die Energiewirtschaft, sondern die gesamte Wirtschaft wird sich auf dem Weg in das post-fossile Zeitalter umstellen müssen. Energie- und Ressourceneffizienz werden notwendigerweise hohe Bedeutung bekommen. Wer sich rechtzeitig darauf einstellt, wird im Wettbewerb besser bestehen können. Die zahlreichen klimaschädlichen Subventionen und Vergünstigungen (z.B. bei Ökosteuern, EEG-Umlage, Dienstwagenprivileg) sind schrittweise abzubauen.

Insgesamt gilt es, die rechtlichen, administrativen und sonstigen Hemmnisse, die dem Umstieg auf Erneuerbare Energien und auch einem Mehr an Dezentralität entgegenstehen, abzubauen. So muss beispielsweise wettbewerbswidrigem Verhalten der großen EVU sowie wettbewerbsfreien Vergaben zugunsten letzterer entgegen gewirkt werden. Gefordert sind hier die Landeskartellbehörde bzw. die Kommunalaufsichtsbehörden.

### **2.3. Die Energiewende der Bürgerinnen und Bürger**

Die Energiewende ist in erster Linie dezentral – auch wenn auf zentrale Strukturen nicht verzichtet werden kann und werden sollte. Sie wird von „unten“ gestaltet: durch Investitionen von Privatpersonen, durch Bürgergemeinschaftsanlagen, durch Kommunen und deren Stadtwerke.

Bürgerbeteiligung ist für uns Grüne mehr als nur die Frage: Wann darf wer welche Einwendungen gegen Planungen erheben? Wir wollen eine gesellschaftliche Diskussion in den Städten und Regionen, darüber wie unsere Energieversorgung der Zukunft aussehen soll. Wir wollen eine tatsächliche Beteiligung der Menschen an den Energieprojekten der Zukunft möglich machen, direkt z.B. durch Bürgerbeteiligungsmodelle, durch Energiegenossenschaften oder indirekt durch die Kommunen und kommunale Unternehmen. Wir wollen nicht, dass Finanzinvestoren über das Land



streifen und optimale Standorte für sich vereinnahmen ohne die Menschen und Kommunen zu beteiligen.

Die Schwerpunktsetzung in Bezug auf Akzeptanzförderung von bedeutsamen Vorhaben im Zuge der Energiewende (Kraftwerksausbau, Netzausbau, ...) muss durch eine intensive Nutzung neuer Medien erfolgen. Damit möglichst alle Bürgerinnen und Bürger von Anfang an über geplante Vorhaben informiert werden, müssen die genehmigenden Behörden verpflichtet werden, solche Vorhaben in leicht zu bedienenden digitalen Raumordnungskatastern zu veröffentlichen. Ziel ist eine eigenständige Internetpräsenz „bürgerbeteiligung.bayern“, auf welcher alle landesweiten Vorhaben zentral und für jedermann einsehbar sind.

Nach einer erfolgreichen Informationspolitik muss in einem nächsten Schritt die Bürgerbeteiligung von den Behörden aktiv forciert werden. Dazu muss sich das Selbstverständnis des gesamten Staatsapparates ändern. Er muss in Zukunft verstärkt als Moderator und moderner Dienstleister auftreten, der auf die Bürgerinnen und Bürger zugeht und sie in Entscheidungsprozesse ernsthaft miteinbezieht.

Jede einzelne Bürgerin und jeder einzelne Bürger kann zudem selbst etwas für eine erfolgreiche Energiewende tun. Zunächst müssen wir uns klar machen: Unser Lebensstil ist nicht globalisierbar. Unser Energie- und Ressourcenverbrauch, unser Ernährungs- und Mobilitätsverhalten ist von Nachhaltigkeit weit entfernt und im internationalen Rahmen nicht vertretbar. Dies ist vielen abstrakt bewusst – die Konsequenzen in der praktischen Politik sind gering.

Wachstum kann daher nicht grenzenlos sein. Eine bloß wachstumsorientierte Politik ist ebenso falsch, wie die von schwarz-gelb und einigen Wirtschaftsverbänden erhobene Forderung nach gleich bleibenden Energiepreisen.

Energiewende tut weh. Der anstehende Transformationsprozess verlangt Veränderungsbereitschaft, nicht nur in der Technik und in der Wirtschaft, sondern auch in unserem Alltag, in unseren Wohnungen, in unserer Landschaft.

### **3. Die Energiewende in der bayerischen Politik – Grüne Forderungen**

Angesichts der anstehenden Transformation ist das von der Bayerischen Staatsregierung vorgelegte Programm „Energie innovativ“ wenig ambitioniert. Zweifellos haben die Rücknahme der Laufzeitverlängerung und die Proklamation der Energiewende eine neue Bereitschaft und einen neuen Investitionsschub im Bereich der erneuerbaren Energien ausgelöst. Allein das Signal der politischen Niederlage der rückwärtsgewandten Energiepolitik wirkte befreiend. Gleichwohl ist noch längst nicht klar, wo die energiepolitische Reise dieser Staatsregierung hingehen soll. Das Programm „Energie innovativ“ übernimmt an vielen Stellen grüne Zielformulierungen. Die konkrete Umsetzung ist bisher nur wenig sichtbar. Es fehlt an konkreten Maßnahmen und Instrumentarien. Insbesondere die Bereitschaft ordnungsrechtlich einzugreifen ist äußerst gering. Oft werden nur Fördermaßnahmen genannt, die in Zeiten knapper öffentlicher Haushalte, nur sehr begrenzt Wirkung entfalten werden.



Ernüchternd auch die kleinkarierte Herangehensweise von CSU und FDP bei der parlamentarischen Begleitung, beispielsweise bei der Verweigerung eines handlungsfähigen Energieausschusses. Stattdessen wurde die Installierung einer Energiekommission beschlossen, die ohne jegliche Befugnisse ist.

Ähnlich holprig wurde das Projekt Energieagentur angegangen. Großspurig angekündigt ist die Aufgabenbeschreibung dieser Agentur bis heute nicht klar. Sie setzt sich vor allem aus MitarbeiterInnen mehrerer Referate aus verschiedenen bisher rivalisierenden Ministerien zusammen. Bisherige Aufgaben des Ministeriums sollen zukünftig unter dem Namen „Energieagentur“ verkauft werden.

Die Bayerische Staatsregierung muss dringend zu einer neuen Energiepolitik kommen, jenseits von Pressefahrten, Podiumsdiskussionen unter der Kuppel und Kraftwerkseinweihungen

Kurzfristig sind folgende Aufgaben abzuarbeiten:

- Energieagentur

Die Energieagentur muss einen klaren Auftrag bekommen. Sie darf weder zum zentralistischen Planungsgremium noch zum vorgelagerten Koalitionsausschuss verkommen. Die Energieagentur muss ein Beratungs- und Innovationszentrum werden, mit einer klaren Priorität für dezentrale Energieversorgungsstrukturen. Sie muss primär eine Servicefunktion für Bürgerinnen und Bürger, für Energiegenossenschaften, für Kommunen und ihre Werke und für kleine und mittlere Unternehmen erfüllen. Es soll weder in der Aufgabenbeschreibung noch personell eine Verquickung mit der Ministerialbürokratie geben.

- Erdgaskraftwerke

Erdgas wird zweifellos die Funktion einer Brückentechnologie auf dem Weg zu einer Stromerzeugung auf Basis der erneuerbaren Energien haben. Der von der Staatsregierung angestrebte Zubau von 4000 MW Erdgaskraftwerken ist nicht seriös begründet und käme fast einem vollständigen Ersatz der noch laufenden Atomkraftwerkskapazitäten gleich. Zum weiteren Ausbau der Erdgaskraftwerke hat die Staatsregierung zügig folgende Fragen zu klären:

- a) Welche Leistung an Erdgaskraftwerken muss nach technischen Erfordernissen und kann nach ökonomischen Erfordernissen in den kommenden zehn Jahren zugebaut werden?
- b) Wie kann dabei ein Maximum an Kraft-Wärme-Kopplung erreicht werden?
- c) Sind gegebenenfalls Anreize zum Bau dieser Kraftwerke nötig und welche sind dafür optimal geeignet?



d) Wie können die zusätzlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen des Gaskraftwerkszubaues an anderer Stelle ausgeglichen werden?

- Stromspeicherung

Notwendigkeit, Umfang und Rentabilität der Erdgaskraftwerke hängen entscheidend von der weiteren Entwicklung der Stromspeichermöglichkeiten ab. Es ist höchste Zeit, dass die Staatsregierung hier endlich gestaltend tätig wird und nicht nur bürokratisch vorgelegte Planungen prüft. Forschungsanstrengungen sind zügig zu intensivieren und dezentrale Speichermöglichkeiten zu entwickeln. Trotzdem wird darüber hinaus zentrale Speicherung nötig sein. Die Stromspeicherung durch Methanisierung ist eine wichtige Zukunftsoption. Deren Erforschung an Anwendung sollte von der Staatsregierung unterstützt werden. Sie wird aber den Zubau von konventionellen Speichermöglichkeiten in Form von Pumpspeichern nicht ersetzen. Daher bleibt auch unsere Forderung nach einem Speicherkataster und einer entsprechenden Landesplanung weiter bestehen.

- Energieeffizienz / Stromeinsparung

Das Thema Energieeffizienz ist ein Trauerspiel in vielen Kapiteln: Auf Bundesebene wird die schon dürftige Effizienzrichtlinie der EU unterminiert, Bundesrat und Bundestag können sich nicht auf eine Erhöhung der Mittel für die Gebäudesanierung einigen, im Programm „Energie innovativ“ der Staatsregierung spielt es eine Statistenrolle. Energieeffizienz (und Ressourceneffizienz) müssen zentrales Handlungsfeld einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik werden. Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird in absehbarer Zeit an seine Grenzen kommen. Der Bedarf an Erdgaskraftwerken und Speichermöglichkeiten sinkt deutlich, wenn wir unsere Energie effizienter nutzen. Die Staatsregierung ist gefordert, alle Bemühungen zur Steigerung der Energieeffizienz auf Bundes- und EU-Ebene zu unterstützen und für den Freistaat eine Stromsparkampagne und einen Masterplan Energieeffizienz zu entwickeln.

- Windenergie

Die bisher veröffentlichten „Beschleunigungen“ bei der Genehmigung von Windkraftanlagen sind weitgehend stumpfe Schwerter. Sowohl der Bayerische Windlass als auch die Gebietskulisse Windkraft der Staatsregierung sind solange nicht zu gebrauchen, bis endlich verlässliche Daten über die Windhöffigkeit in Bayern vorliegen. Zudem wird weiter die Frage sein, wie zügig im Landesentwicklungsprogramm und in den Regionalplänen die Windenergie betreffende Passagen geändert werden. Auch die militärischen Beschränkungen durch Radaranlagen, Tieffluggebiete und Flugkorridore stellen sich zunehmend als Hinderungsgrund für die Planung und den Bau von Windrädern dar. Hier ist die Staatsregierung gefordert auf Bundesebene eine zügige Überprüfung der bestehenden Sperrgebiete durchzusetzen.





- Wärmenutzung

Der Einsatz von erneuerbaren Energien im Gebäudebestand, insbesondere die Solarthermie, ist für die Staatsregierung kein Thema. Unser Nachbarland Baden-Württemberg hat schon lange vor grün-rot und sogar vor Mappus dazu eine rechtliche Regelung erlassen. Es wäre an der Zeit, dass endlich auch die Staatsregierung bei umfassenden Sanierungen von Häusern den Einsatz von erneuerbaren Energien zur Pflicht macht.

#### **4. Die Energiewende rechnet sich**

Selbstverständlich ist die Energiewende nicht zum Nulltarif zu haben. Sie erfordert Investitionen in Milliardenhöhe. Doch der Kapitalmangel ist nicht das große Problem. Gerade in Bayern scheitern Projekte nicht an den fehlenden Investoren, sondern an den administrativen Blockaden. Über 50 Milliarden Euro wurden in den beiden vergangenen Jahren in Deutschland allein im Bereich der Erneuerbaren Energien investiert, nicht von den großen Konzernen, sondern überwiegend von Bürgerinnen und Bürgern.

Oft werden von den Anhängern der Atomenergie diese Kosten der Energiewende als Gegenargument in die Debatte gebracht. Dabei wird oft übersehen, dass mit diesen Investitionen ein mehrfacher Nutzen verbunden ist. Es entstehen viele neue Arbeitsplätze im Handwerk und im Mittelstand. Unsere Energieversorgung wird unabhängiger von Energieimporten. Die Wertschöpfung bleibt im eigenen Land und stärkt die regionalen Wirtschaftskreisläufe. Die Branche der Erneuerbaren Energien trägt inzwischen wesentlich zu den Steuereinnahmen bei – im kommunalen Bereich, wie im Bundeshaushalt. Letztlich erzielt der Standort- und Wettbewerbsvorteile, der jetzt bei den neuen Technologien die Nase vorn hat. Und darüber hinaus ist die Energiewende ein zentraler Punkt, um den Klimawandel einzudämmen.

Stand: März 2012

Kontakt:

Ludwig Hartmann, MdL

Energiepolitischer Sprecher der Grünen Landtagsfraktion

Maximilianeum

81627 München

Telefon (089) 4126-2989

Telefax (089) 4126-1989

e-mail: [ludwig.hartmann@gruene-fraktion-bayern.de](mailto:ludwig.hartmann@gruene-fraktion-bayern.de)